

DETAILBESCHREIBUNG

Kurze Projektbeschreibung

Die PLANUNGSWERKSTATT. ZEIT FÜR GRAZ ist ein öffentlicher Verständigungs- und Einigungsprozess, in dem konkrete, konsensfähige Maßnahmen zur Stärkung der Lebensqualität und der Attraktivität der Stadt als Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Freizeitort formuliert werden. Durch den Einbezug der Bevölkerung können das lokale Wissen und die Fähigkeiten von EinwohnerInnen als Ressourcen für die Stadtentwicklung genutzt und eine breite Akzeptanz und Unterstützung für die formulierten Maßnahmen erreicht werden.

Ziele des Beteiligungsprozesses

Inhaltlich verfolgt der vorgesehene Beteiligungsprozess folgende stark miteinander verknüpfte Ziele:

- Verbesserung der Lebensqualität in Graz
- Verbesserung der Zukunftsperspektiven (insbesondere von JungbürgerInnen), u. a. durch die Stärkung einer dynamischen und innovativen Wirtschaft in Graz
- Stärkung der Identifikation der EinwohnerInnen mit Graz
- Förderung einer konstruktiven und problemlösungsorientierten Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung
- Förderung eines strategischen und integrativen Einsatzes der finanziellen Ressourcen.

Hintergrund des Beteiligungsprozesses

Ausgangssituation

Die bestehenden Grazer BürgerInneninitiativen waren mit der Einbindung in die Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes 2001 sehr unzufrieden. Das BürgerInnenbüro (nunmehr Referat für BürgerInnenbeteiligung) veranstaltete daher ein Symposium „Stadt findet statt – BürgerInnenbeteiligung in einer mediatisierten Welt“, bei dem unterschiedliche Modelle der BürgerInnenbeteiligung vorgestellt wurden. In der Folge wurden sowohl das Modell Planungszelle (BürgerInnengutachten „Neutorgasse“) als auch das Modell „Werkstadt Basel“ in Graz initiiert.

Die Umsetzung der Planungswerkstatt für Graz basiert einerseits auf den Erfahrungen von Basel („Werkstadt Basel“ <http://www.werkstadt-basel.ch/>) und berücksichtigt andererseits die speziellen Grazer Charakteristika und Anliegen, die während der Detailplanung in Recherchen und in zahlreichen Gesprächen seitens des Beratungsunternehmens ECOS mit wichtigen AkteurInnen zum Ausdruck kamen.

In einem europaweit ausgeschriebenen Hearing im Juni 2006 wurde das TEAM KAMPUS | FREILAND | LUSER | WILDER MOHN von einer Jury ausgewählt, das Projekt „Planungswerkstatt. Zeit für Graz“ umzusetzen.

Initiierung des Beteiligungsprozesses

Initiierung

Ausgehend vom o.a. Symposium äußerten sowohl die BürgerInneninitiativen als auch PolitikerInnen aller Fraktionen den Wunsch nach einem Partizipationsprojekt angelehnt an das Modell „Werkstadt Basel“ und schließlich brachte der zuständige Stadtrat DI Dr. Gerhard Rüschi den Antrag im Gemeinderat ein.

Im Gemeinderat wurde für den Zeitraum von Herbst 2006 bis Winter 2007 der Beteiligungsprozess PLANUNGSWERKSTATT. ZEIT FÜR GRAZ beschlossen, in dem konkrete, konsensfähige Maßnahmen zur Stärkung der Lebensqualität und der Attraktivität der Stadt als Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Freizeitort kooperativ erarbeitet werden sollten.

Involvierte Personen und Institutionen

Alle Grazerinnen und Grazer wurden mittels einer Postwurfsendung zu den Innovationswerkstätten eingeladen, damit ihr lokales Wissen und ihre Fähigkeiten als Ressourcen für die Stadtentwicklung genutzt werden können.

An den **Innovationswerkstätten** - BürgerInnenveranstaltungen in allen Grazer Stadtbezirken zu Beginn des Partizipationsprozesses, s.u. Prozessablauf - nahmen ca. 800 GrazerInnen teil, davon etwa gleich viele Frauen wie Männer. Auf diesem Weg erarbeiteten die Grazer BürgerInnen in insgesamt 17 Innovationswerkstätten (1 pro Stadtbezirk) rund 1.700 Ideen und Lösungsvorschläge.

Ca. 75 Jugendliche nahmen an den zwei **Jugend-Zukunftskonferenzen** teil. Die Ergebnisse flossen in den Basisprozess und damit in den weiteren Partizipationsprozess ein. Im Vorfeld der Jugend-Zukunftskonferenzen wurden zwei Abstimmungsgespräche mit VertreterInnen des Amtes für Jugend und Familie geführt sowie ein vorbereitender Workshop mit unterschiedlichsten AkteurInnen aus dem Jugendbereich durchgeführt, um die geplanten Veranstaltungen möglichst breit abzustimmen und spezifisches Fachwissen einzuholen. Der Einladung zu diesem Workshop folgten: steirische LandesschulsprecherInnen, politische VertreterInnen für Jugend- und StudentInnenfragen, VertreterInnen von Jugendorganisationen (Fratz Graz, Logo, Yougend.st), VertreterInnen der evangelischen Jugend, VertreterInnen des Amtes für Jugend und Familie bzw. des Sportamtes sowie der Kinder- und Jugendanwalt.

Ca. 60 Personen beteiligten sich an der **MigrantInnenkonferenz**. Die Ergebnisse flossen in den Basisprozess und damit in den weiteren Partizipationsprozess ein. Der Zugang zu den spezifischen Personengruppen der MigrantInnen wurde über die zahlreichen Vereine und Gesellschaften gesucht, in denen sich die hier vertretenen Nationen und Kulturkreise sammeln. Über die Geschäftsführung des MigrantInnenbeirats der Stadt Graz (Geschäftsführer DI Kheder Shadman) wurden deren RepräsentantInnen zunächst persönlich kontaktiert und in der Folge über einen offiziellen Brief zu einer MigrantInnen-Konferenz eingeladen. Die Beiträge der einzelnen Personen übersetzten bei Bedarf andere Anwesende. Eine Korrespondentin von „Megaphon“, einer Zeitschrift, die die Interessen der MigrantInnen in Graz vertritt, beobachtete, dokumentierte und veröffentlichte den Prozess.

Parallel zu den Konferenzen führte das Institut für Geographie und Raumforschung **Befragungen** zu Lebensqualität und Erwartungshaltung in den Umlandgemeinden durch.

An den 44 thematischen Konsenskonferenzen (Themenvertiefung auf Stadtebene, s. u. Prozessablauf) nahmen insgesamt 117 Personen teil. Zu diesen Konsenskonferenzen wurden gezielt VertreterInnen aus den Innovationswerkstätten, aus den Begleitprozessen und alle betroffenen Stakeholder bzw. InteressenvertreterInnen eingeladen. ExpertInnen - vor allem, aber nicht ausschließlich aus der Verwaltung - lieferten fachliche Inputs und halfen aktuelle Fragestellungen zu klären. Seitens der BezirksrätInnen konnte pro Bezirk und pro Konsenskonferenz jeweils eine definierte Person teilnehmen und speziell die Interessen des jeweiligen Bezirkes aus fachlicher Sicht entsprechend dem Themenschwerpunkt der Veranstaltung vertreten.

Gestaltung und Durchführung des Beteiligungsprozesses

Prozessdesign

Basierend auf dem bewährten Modell der „Werkstadt Basel“ wurde Herr Daniel Wiener beauftragt, ein entsprechendes Modell für Graz zu konzipieren, das die Grundlage der Ausschreibung für den Beteiligungsprozess „Werkstatt Graz“ bildete. So wurden auch die methodischen Vorgaben weitgehend übernommen.

Der Prozess der Planungswerkstatt verlief in drei aufeinander abgestimmten Phasen: Vorbereitungsphase, Beteiligungsphase und Entscheidungsphase. In der **Vorbereitungsphase** wurde das Baseler Konzept im Detail an die Charakteristika und Anforderungen von Graz angepasst, die Prozessgremien wurden eingerichtet und alle vorbereitenden Arbeiten - organisatorisch und inhaltlich - durchgeführt. In der **Beteiligungsphase** wurden die GrazerInnen eingeladen, ihre Ideen und Visionen zur Verbesserung der Lebensqualität in Graz im Rahmen des mehrstufigen Beteiligungsprozesses einzubringen.

Als Moderationstechnik wurde der Marktplatz gewählt; er bietet die Möglichkeit, einander ungezwungen zu begegnen und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Der **Entscheidungsprozess** umfasste die Erstellung des Aktionsprogramms als zentrales Ergebnis des Beteiligungsprozesses sowie die politische Entscheidungsfindung zur Umsetzung der Maßnahmenpakete, die die BürgerInnen im Aktionsprogramm definierten.

Ablauf



Die **Vorbereitungs- und Planungsphase** beinhaltete Tätigkeiten und Maßnahmen zur Gremienbildung sowie die Abstimmung mit den AuftraggeberInnen. Weiters wurde die PR- und Öffentlichkeitsarbeit des Projektes im Detail konzipiert und mit dem Öffentlichkeitsauftritt der Stadt Graz abgestimmt. Den Auftakt zum Projekt bildete die Startveranstaltung am 10. November 2006 im Grazer Kunsthaus, zu der alle GrazerInnen eingeladen waren. Der Einladung folgten rund 250 BürgerInnen. Das Projekt und das Projektteam wurden vorgestellt. Im Anschluss an den offiziellen Teil bot sich Gelegenheit, das Werkstattenteam näher kennen zu lernen und ins Gespräch zu kommen.

In einer ersten Runde des insgesamt auf 18 Monate anberaumten Einigungs- und Verständigungsprozesses wurden in den **Innovationswerkstätten** die Themen gesammelt und diskutiert, die den BürgerInnen am dringlichsten erschienen. Alle GrazerInnen waren eingeladen, teilzunehmen und bei einer Vielfalt von Zukunftsthemen für ihren Bezirk und für die Stadt Graz mitzureden.

In einer ersten Phase wurden Kritikpunkte für den jeweiligen Bezirk bzw. die Stadt Graz gesammelt. Gleichzeitig sollten zu den definierten Kritikpunkten Ideen, Lösungsvorschläge und/oder Maßnahmen genannt werden, die aus Sicht der BürgerInnen aus den als kritisch beschriebenen Situationen herausführen könnten. Die beschrifteten Kärtchen der BürgerInnen wurden gesammelt, thematisch gebündelt und anschließend von den BürgerInnen mittels Punktesystem bewertet, um zu einer Auswahl von vier weiterhin zu diskutierenden Themenkreisen zu kommen.

Im zweiten Abschnitt der Veranstaltung wurden die vier ausgewählten Themen in Arbeitsgruppen detailliert behandelt und geschärft. Alle ausgewählten Themen der 17 Innovationswerkstätten wurden im Rahmen einer Klausur im Jänner 2007 unter Beisein von Mitgliedern des Lenkungsausschusses, der Auftraggeber sowie von Projektcoach Daniel Wiener thematisch geclustert und für die folgenden Konsenskonferenzen aufbereitet. Ziel war, keinen Lösungsvorschlag der BürgerInnen zu streichen, sondern diese einem übergeordneten Themenfeld zuzuweisen. Aus den gebündelten Ideen, Wünschen und Anregungen der BürgerInnen wurden die elf Themenschwerpunkte der Konsenskonferenzen generiert.

Zielgruppen, die erfahrungsgemäß schwer erreicht werden können - die Jugend bzw. MigrantInnen -, wurden in verschiedenen **Begleitprozessen** zusätzlich abgeholt. Der Begleitprozess „Wirtschaft und Tourismus“ wurde mit dem Prozessgremium „BürgerInnenforum/ProponentInnen-Komitee“ gekoppelt.

Die **Konsenskonferenzen** bauten thematisch auf den Ergebnissen der Innovationswerkstätten auf: Die Ideen, Wünsche und Anregungen aus den Arbeitsgruppen der Innovationswerkstätten wurden gebündelt und zu insgesamt elf Themenschwerpunkten der Konsenskonferenzen zusammengefasst. Die Konsenskonferenzen waren so konzipiert, dass zu einem Thema unterschiedliche NutzerInnengruppen ihre jeweiligen Haltungen und Interessen vertraten. Die Ergebnisse der Konsenskonferenzen wurden in Konsenspapieren (s. u. Ergebnisse des Beteiligungsprozesses) zusammengefasst.

Die in den **Konsenspapieren** festgehaltenen Handlungsempfehlungen wurden durch die Fachämter der Stadt Graz mittels eines standardisierten Leitfadens durch umsetzungsrelevante - z. B. rechtliche, finanzielle und/oder sonstige - Rahmenbedingungen ergänzt. Für die Leitprojekte wurden verwaltungsinterne Kompetenzen definiert ebenso wie rechtliche, finanzielle oder sonstige Rahmenbedingungen, notwendige Abstimmungs- oder Vernetzungsaktivitäten, mögliche UmsetzungspartnerInnen und voraussichtliche Zeithorizonte.

Die durch die Fachämter ergänzten Konsenspapiere sind Grundlage für das **Aktionsprogramm** und damit Entscheidungsgrundlage für die politischen VerantwortungsträgerInnen.

Besonderheiten des konkreten Beteiligungsprozesses

Das Modell der Baseler „Planungswerkstatt“, das von August 2006 bis Dezember 2007 in Graz pilothaft unter dem Titel „**Planungswerkstatt. Zeit für Graz**“ umgesetzt wurde, verfolgte einen völlig neuen Ansatz. Im Gegensatz zum bisherigen „Briefkasten-Prinzip“ der BürgerInnenbeteiligung, in dem sich einzelnen AkteurInnen (BürgerInnen, Wirtschaftstreibende, etc.) für bestimmte Interessen einsetzen und diese bei den entsprechenden Verantwortlichen deponieren - mit der Erwartung, die Stadt möge sich nun darum kümmern und der darauf folgenden Enttäuschung, wenn nichts passiert -, hat die Planungswerkstatt ein **dreiphasiges Modell** vorgesehen: Der Schwerpunkt liegt auf einer hinsichtlich der Teilnehmerschaft breit geführten Diskussion und auf der konsensualen Verabschiedung von Empfehlungen an Verwaltung bzw. Politik.

Ziel dieser Form der BürgerInnenbeteiligung ist es, bestehende Anliegen und Wünsche bereits vor Übermittlung an Verwaltung und Politik mit einer Vielzahl unterschiedlichster AkteurInnen, die thematisch betroffen sind, zu diskutieren. Diese Art der Annäherung unterschiedlichster InteressensvertreterInnen war für alle Beteiligten anfangs ungewohnt, ebenso der Ansatz, seitens der Projektsteuerung inhaltlich nicht in die Diskussion einzugreifen, sondern ausschließlich die TeilnehmerInnen - die BürgerInnen - über Diskussionsschwerpunkte, Inhalte und auszuverhandelnde Empfehlungen und Leitprojekte entscheiden zu lassen. Schlussendlich wurde diese Vorgehensweise sehr gut angenommen und als klar definierte Spielregel akzeptiert und berücksichtigt.

Als **Zielgruppe** für die Innovationswerkstätten wurden alle GrazerInnen angesprochen. Erfahrungen aus anderen Beteiligungsprozessen zeigen, dass es relativ schwierig ist Jugendliche (13-18-jährige) und MigrantInnen in einen bezirksorientierten Prozess einzubinden. Daher wurden für diese beiden Zielgruppen eigene Begleitprozesse initiiert.

Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Erzielte Ergebnisse

In den 17 Innovationswerkstätten der Planungswerkstatt brachten die anwesenden BürgerInnen eine Fülle von Themenbereichen, Problemstellungen und Lösungsansätzen und diskutierten diese. Anschließend bewerteten die TeilnehmerInnen die vorliegenden Themen, dadurch sollte der Fokus auf die den Menschen vor Ort am wichtigsten Bereiche gelenkt werden. Die von den BürgerInnen ausgewählten wichtigsten vier Themen wurden je Innovationswerkstatt in Arbeitsgruppen diskutiert und inhaltlich geschärft. Aus den insgesamt etwa **1700 Einzelmaßnahmen**, Ideen und Lösungsvorschlägen wurden Themenbündel und Cluster - auf Stadtebene - gebildet. Diese **Cluster** bildeten die Basis für die Formulierung der Konsenskonferenz-Inhalte:

1. Verkehrsberuhigung und Verkehrsinnovation
2. Pendeln, Parken & Öffentlicher Verkehr
3. Rad- und FußgängerInnenstadt Graz
4. Grünstadt Graz
5. Mur-Potenziale
6. Nutzungskonflikte & Sicherheit in Parks und auf öffentlichen Plätzen
7. Jugend, Sport & Spiel
8. Miteinander in Graz
9. Straßen und Plätze zum Leben
10. Wir sind die Stadt
11. Projekt Direkt

Das breite Spektrum an Ergebnissen aus den Konsenskonferenzen umfasst sowohl Projekte zur Verbesserung spezifischer Lebenssituationen in Graz als auch Richtlinien hinsichtlich der künftigen

Vorgangsweise bei Gestaltungs- und Planungsprozessen im öffentlichen Raum. In so genannten übergeordneten Handlungsempfehlungen bündelten die TeilnehmerInnen der Konsenskonferenzen eine enorme Vielfalt an Empfehlungen und bezirksübergreifenden Strategievorschlägen.

Zusammengefasst wurden die Diskussionsergebnisse in sogenannten **Konsenspapieren**, die die TeilnehmerInnen - z. T. auch noch im Nachhinein - unterzeichneten. Die Konsenspapiere umfassen jeweils:

- Thematische Ausgangssituation der Diskussion: Thematisch gebündelte Ergebnisse der Innovationswerkstätten
- Strategische Handlungsempfehlungen
- Leitprojekte
- Weitere notwendige Maßnahmen
- Teilnahme-Übersicht und Unterschriften der TeilnehmerInnen

Die Rückmeldungen der einzelnen Fachämter fasste das Team der Planungswerkstatt zusammen und stimmte sie im Bedarfsfall (z.B. bei Widersprüchlichkeiten) nochmals mit den jeweiligen Ämtern ab. Die durch die Fachämter ergänzten Konsenspapiere sind Grundlage für das Aktionsprogramm und damit Entscheidungsgrundlage für die politischen VerantwortungsträgerInnen.

Der gesamte Prozess und das abschließende Aktionsprogramm sind im Internet unter www.zeit-fuer-graz.at veröffentlicht und transparent. Die Ergebnisse wurden in einem eigenen „Fest der Grazer Ideen“ präsentiert und mit den TeilnehmerInnen diskutiert. Aufgrund dieser Transparenz und als Folge des Medienechos bzw. der öffentlichen Erklärungen der anwesenden PolitikerInnen muss das Ergebnis im Arbeitsprogramm der nächsten Stadtregierung berücksichtigt werden.

Stand der Umsetzung

Bedingt durch die Neuwahl des Gemeinderates im Jänner 2008 muss die nächste Stadtregierung die Umsetzung beschließen. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten sind verwaltungsintern bereits im Gange. Aus den TeilnehmerInnen der Konsenskonferenzen hat sich eine Gruppe gebildet, die sich „Mehr Zeit für Graz“ nennt und die Stadt bei der Umsetzung der Maßnahmen kritisch begleitet.

Conclusio

Nutzen des Beteiligungsprozesses

Die Erfahrungen der „Planungswerkstatt. Zeit für Graz“ haben gezeigt, dass sehr viele GrazerInnen bereit sind, ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Engagement im Rahmen von BürgerInnenbeteiligungsprozessen einzubringen, sofern das Ziel der gemeinsamen „Reise“, die Möglichkeiten und Handlungsspielräume der BürgerInnen und das Verantwortungsbewusstsein der relevanten VerantwortungsträgerInnen für die jeweiligen Ergebnisse klar definiert sind bzw. entsprechend wahrgenommen werden.

In diesem Sinne sollte die BürgerInnenbeteiligung in Graz, die bereits über eine langjährige Tradition verfügt, unbedingt fortgesetzt werden. Einig waren sich die Menschen, dass eine - wenngleich künftig modifizierte - BürgerInnenbeteiligung keinesfalls fachliche Expertise und politische Entscheidungsfindung ersetzen kann. Vielmehr würden sich die Menschen wünschen, dass seitens der Stadt Graz das „emotionale“ Wissen der BürgerInnen abgeholt wird: Das sind Erfahrungswerte, die Menschen kontinuierlich vor Ort sammeln, z. B. beim täglichen Queren des Platzes, in der Begegnung mit den NachbarInnen, beim Befahren des Schul-/Einkaufs-/Berufsweges, u.v.m. Dieses emotionale Wissen, das die Menschen im täglichen Erleben intuitiv aufbauen, sollte künftig das faktische Wissen - belegt durch Zahlen, Erhebungen, Studien etc. -, das bei den Fachämtern vorliegt, bestmöglich ergänzen und damit das Bild von der Situation vor Ort vervollständigen. Damit könnten Prozesse künftig im Sinne der Planungswerkstatt noch stärker konsensual als bisher erfolgen.

Aus Sicht des projektentwickelnden Teams wird es daher künftig von größtem Interesse sein, genau zu definieren - d.h. sich auch politisch darauf zu verständigen - in welchen Bereichen zu welchem Zeitpunkt BürgerInnenbeteiligung möglich und gewünscht ist bzw. wo man bewusst auf diese verzichten sollte und stattdessen die Entscheidung den gewählten MandatarInnen auf Basis von Fachempfehlungen seitens ExpertInnen überlässt.

In diesem Zusammenhang wird auch wichtig sein zu entscheiden, wann welche Phase der Beteiligung (Information - Konsultation - Mitbestimmung) eingesetzt werden sollte: Bei welchen Projekten/Vorhaben ist die frühzeitige Information ausreichend? Bei welchen ist eine Stellungnahme durch die BürgerInnen möglich und wie wird diese in weitere Folge berücksichtigt? Wann möchte/muss man BürgerInnen-Beteiligungsverfahren einsetzen?

Die bestehende Anlaufstelle ist - und muss das auch künftig sein - der zentrale Punkt: das Referat für BürgerInnenbeteiligung für die BewohnerInnen der Stadt Graz. Überlegungen könnte man hinsichtlich neuer Instrumente anstellen, wie z.B. Hotline, mobiler Info-Service, Workshops in Stadtteilen - z.B. zur Aufrechterhaltung des Informationstransfers, etc.

„Highlights“ des Beteiligungsprozesses

Sehr gute ModeratorInnen haben den Prozess ohne inhaltliche Vorgaben gelenkt. Alle Themen wurden von den TeilnehmerInnen bestimmt, und diese Vorgangsweise wurde von allen akzeptiert, auch von jenen, deren ursprüngliche Themen nicht weiter bearbeitet wurden. Im Aktionsprogramm mussten alle Maßnahmen im Konsens erarbeitet werden, es gab keine Mehrheitsentscheidungen.

„Stolpersteine“ des Beteiligungsprozesses

Der Prozess war von Beginn an nicht unumstritten, da er von einer Fraktion nicht mitgetragen wurde. Dies führte im Vorfeld der Gemeinderatswahlen öfter zu Störmanövern, die meist über die Medien gespielt wurden. Dabei ging es sowohl um die Höhe der Kosten als auch um die fehlende Garantie für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich, weil VertreterInnen der Autofahrerklubs und der Wirtschaft in den Konsenskonferenzen zu wenig vertreten waren. Diese ohnedies sehr starken Interessensvertretungen vertrauen offenbar mehr auf ihre bewährten Kanäle für Lobbying.

Fact Sheet

Angewandte Methoden

x	Methode	Methode	x
	Anwaltsplanung	Open Space Konferenz	x
x	Aktivierende Befragung	Planspiel	
x	BürgerInnenversammlung	Planungszelle	
	Delphi-Befragung	Runder Tisch	x
	Fokusgruppen	SUP am runden Tisch	
	Internet-Partizipation	Workshop	x
x	Konsensus-Konferenz	Zukunftskonferenz	
	Kooperativer Diskurs	Zukunftswerkstatt	x
	Mediation	Anderer:	
	Neo-Sokratischer Dialog		

Thematischer Bereich

x	Thematischer Bereich	Thematischer Bereich	x
	Abfallwirtschaft	Telekommunikation	
x	Stadtentwicklung	Tourismus und Freizeit	
	Energiewirtschaft	Umweltpolitik allgemein (z.B. Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, o.ä...)	x
x	Gemeinwesenarbeit	Verkehr und Mobilität	x
x	Industrie, Gewerbe, Betriebe	Wasserwirtschaft	x
x	Kinder- und Jugendpartizipation	Wohnen und Wohnumfeldverbesserung	x
x	Naturraum	Anderer: BürgerInnenbeteiligung	x
	Regionalentwicklung	Anderer:	

InitiatorInnen

Über Initiativen des Bürgerbüros fand im Jahr 2001 ein Symposium „Stadt findet statt - BürgerInnenbeteiligung in einer mediatisierten Welt“ statt, bei der neben grundsätzlichen Betrachtungen des BürgerInnenengagements auch beispielhafte Darstellungen von Beteiligungsprozessen präsentiert wurden. Die TeilnehmerInnen waren unter anderem vor allem vom Vortrag von Hrn. Daniel Wiener über die „Werkstadt Basel“ sehr angetan. Der zuständige Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher hat dies aufgenommen und letztlich einen dementsprechenden Gemeinderats-Beschluss über die Durchführung eines solchen Modells in Graz initiiert.

Beteiligte

Ca. 1.300 GrazerInnen sowie VertreterInnen von ca. 25 Institutionen

AuftraggeberIn

Stadt Graz - Referat für BürgerInnenbeteiligung

Kosten und Finanzierung

Das Projekt wurde zur Gänze von der Stadt Graz finanziert.

Kosten: ca. € 600.000
davon: ca. € 486.000 Personalkosten der 4 beteiligten Projektpartner und Moderationen
ca. € 62.000 Sachkosten
ca. € 50.000 Projektvorbereitung und externe Prozessbegleitung

Finanzierung: Ein Gemeinderatsbeschluss über die Vergabe an eine Bietergemeinschaft, bestehend aus einem Büro für Unternehmensberatung, Regionalentwicklung und Projektmanagement, einem Büro für Umweltconsulting, einem Architekturbüro und einer Werbeagentur nach einer EU-weiten Ausschreibung. Dazu kommt die Beauftragung der Firma ECOS für Konzeption und externe Prozessbegleitung. ECOS hat die „Werkstadt Basel“ entwickelt und durchgeführt und dieses Modell auch in Freiburg und Lausanne angewandt.

Prozessbegleitung und -beratung

Die Steuerung des Prozesses erfolgte durch einen Lenkungsausschuss mit je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Stadtensatsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ. Daneben gab es einen Verwaltungsbeirat und einen politischen Beirat mit beratender Funktion.

Die Durchführung lag beim Auftraggeber.

Die Prozessbegleitung erfolgte durch Herrn Daniel Wiener von der Firma ECOS in Basel.

Eine Evaluierung wurde vom Institut für Geographie der Karl Franzens Universität Graz vorgenommen.

Räumliches Umfeld

Flächendeckend wurden über Postwurfsendungen und Medien alle GrazerInnen eingeladen an einer der 17 Innovationswerkstätten (je eine pro Bezirk) teilzunehmen. Darüber hinaus gab es eine Befragung in Umlandgemeinden.

Zeitplan

Nach zweijähriger Vorarbeit: Beschluss durch den Gemeinderat am 16.02.2006, Zuschlag an den Bestbieter; Juli 2006: Offizielle Auftaktveranstaltung; November 2006: Präsentation des Aktionsprogrammes; November 2007: der Ablauf ist in der Grafik auf Seite 3 abgebildet.

Publikationen zu diesem Verfahren

Der ganze Prozess ist auf der Website: www.zeit-fuer-graz.at dokumentiert. Die Ergebnisse liegen dort und auch in gedruckter Fassung im Referat für BürgerInnenbeteiligung auf.

Angaben zur Person, die dieses Fallbeispiel zur Verfügung stellt:

Vorname: Kurt	Familienname: Hörmann	
Beruflicher Hintergrund: Ausbildung als Lehrer und Erwachsenenbildner		
Institution: Stadt Graz		
Position: Leiter des Referates für BürgerInnenbeteiligung		
Straße: Landhausgasse 2		
PLZ: 8011	Ort: Graz	Land: Österreich
Telefon: 0316/ 872-3530		
Fax: 0316/ 872-3539		
e-mail: kurt.hoermann@stadt.graz.at		
website: www.graz.at		
Rolle im beschriebenen Verfahren: Verwaltungsinterner Projektleiter		
Bereit für Detailauskünfte: JA		